

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)
und der Gruppe der PDS/Linke Liste**

Erstattung eines Berichts der Bundesregierung zur Lage der Nation im vereinigten Deutschland und zur Durchsetzung des Einigungsvertrages anläßlich des 3. Jahrestages der staatlichen Vereinigung am 3. Oktober 1993

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, dem Deutschen Bundestag anläßlich des 3. Jahrestages der staatlichen Vereinigung Deutschlands einen Bericht zur Lage der Nation vorzulegen, in dem sie Rechenschaft über die Durchsetzung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990 gibt.

Dabei sollte insbesondere berücksichtigt werden:

- der Stand des Einigungsprozesses drei Jahre nach dem Einigungsvertrag, vor allem die Lage in den neuen Bundesländern, gemessen an den Zielen des Einigungsvertrages, einheitliche Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland zu schaffen;
- die Position der Bundesregierung zur ökonomischen, sozialen, finanziellen, kulturellen und sozialpsychologischen Krise des Einigungsprozesses;
- die Bilanz der Treuhandpolitik und ihren offensichtlich gewordenen gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen;
- die Haltung der Bundesregierung zum Einigungsvertrag und seiner Bindungswirkung; zu Fehlern und Mängeln des Vertrages selbst und bei seiner Durchsetzung;
- die weitere Politik der Bundesregierung im Einigungsprozeß, ihre Schwerpunkte; beabsichtigte Korrekturen angesichts der Vereinigungskrise, einschließlich der Korrektur der Mängel und Verletzungen des Einigungsvertrages;
- die Haltung der Bundesregierung zur Geltendmachung von Rechten aus dem Einigungsvertrag durch die neuen Länder (Artikel 44 des Vertrages).

Bonn, den 9. September 1993

Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

